

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 40 (2021)
Heft: 77

Artikel: Vom Klima- zum Wachstumswandel : Investitionen in grüne Technologien sind notwendig - hinreichend sind sie nicht
Autor: Habermann, Friederike
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1055533>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Vom Klima- zum Wachstumswandel

**Investitionen in grüne Technologien sind notwendig –
hinreichend sind sie nicht^a**

Solarfahrzeuge, die sich in der Sonne auftanken; Sauger, um der Luft das CO₂ zu entnehmen; Anlagen, die daraus bei 850 Grad Celsius Wasserstoff zaubern: Nachdem das Video der deutschen Wissenschaftlerin Mai Thi Nguyen Kim zum Klimawandel ein grosser Erfolg wurde, widmet sie sich im zweiten Teil der Frage «Was wir wirklich tun können» und stellt innovative technische Lösungen vor. Am Ende ist sie «geflasht». Doch betont sie: Bei einem solchen Umbau hin zu Klimaneutralität stiege die Stromnachfrage gewaltig an. Und sie wiederholt mantramässig, «da haben wir wieder das alte Lied: Das bringt alles nur was, wenn es Ökostrom ist».

Eine absolut saubere Energie aber gibt es nicht. Und jede kohlenstoffbindende Technik birgt neben erhöhtem Ressourcenaufwand und weiteren Umweltzerstörungen auch Risiken für Grundwasser und Boden. Und wenn alle Fahrzeuge der Welt durch E-Mobile ersetzt werden sollten, wären die dafür notwendigen seltenen Erden jetzt schon knapp.

Das gegenwärtige Wirtschaftsmodell gibt es nicht in grün. Die vorgestellten Lösungen vereint ein extrem hoher Material- und Energieaufwand. Statt sich geflasht zu fühlen, sollte man sich beim Schauen des Videos deshalb eher an eine Formulierung des *ZEIT*-Autors Johannes Schneider erinnern fühlen, der eine «bleierne Fantasielosigkeit in der Mitte der Gesellschaft» ausmacht, «die sich daran gewöhnt hat, ihre demokratische Aufgeklärtheit in der Geste des Massvollen und Panikfreien manifestiert zu sehen».

^a Eine ähnliche Fassung des Artikels erschien unter dem Titel *Tafelsilber und Schmuckkästchen* auch in der Zeitung *OXI* (7, 2021, 5).

Um dann sehr treffend hinzuzufügen, die Menschheit sei «ein erstaunlich halbgarer Frosch im sich langsam erhitzenden Wasser» (Schneider 2019).

Klar: Der Green New Deal ist eine Verheissung im Vergleich zur Gegenwart, in der weiterhin ungebremst umweltschädliche Subventionen verteilt werden. Auch ohne Pandemie und alleine in Deutschland waren es rund sechzig Milliarden Euro jährlich – von der in Deutschland geltenden Befreiung von der Stromsteuer für Grosskunden bis hin zu reduzierter Mehrwertsteuer auf Fleisch (UBA 2019). Die von der Europäischen Union gezahlten Unsummen für die Agrarindustrie kommen da noch obendrauf; sie tragen massiv zum Klimawandel bei (durch Methan-Emissionen aus der Tierhaltung sowie Lachgas-Emissionen aus stickstoffgedüngten Böden) und der Umweltzerstörung im Allgemeinen (nicht zuletzt durch Ackerbodendegradation) (UBA 2020; 2015). Auch von den Geldern der Corona-Massnahmenpakete flossen 2020 laut dem Energy Policy Tracker in den G20-Staaten weniger in erneuerbare als in fossile Energien.

Insofern ist es richtig, dazu aufzurufen, mit dem Umbau hin zu einer klimafreundlichen Wirtschaft zu beginnen. Insofern vermag der Green New Deal als der pragmatische Weg angesehen werden, um das Ganze noch ein bisschen hinauszuzögern in der Hoffnung, dass die Menschheit in der Zwischenzeit zur Vernunft komme. Aber woher nehmen so viele Linke derzeit den Optimismus, dies könne einen wahrhaftigen Umbau darstellen, und nicht wie sonst kurzfristigen Gewinninteressen folgen – so, dass die Autokonzerne weitere zwanzig Jahre an E-Mobilen verdienen, die Probleme der Umweltzerstörung sich aber nur verlagert haben? Woher kommt der Glaube, dieses enorme Aufgebot an Ressourcen würde tatsächlich das Klima retten, ohne gleichzeitig die Erde zu zerstören?

Krisen in Zentren und Peripherien

Der Umweltaktivist Gopal Dayaneni veranschaulicht eine solche Politik mit einer Szene aus dem Film *Star Wars* von 1977: Die Held*innen sind in einen Müllkompressor geraten, dessen Wände (welche die Klima- und andere Krisen symbolisieren) bedrohlich näher rücken. In diesem Bild haben sich die reichen Länder, aber auch die Eliten im Süden Plätze in der Mitte gekauft. Währenddessen werden an den Aussenbereichen zunächst einige und dann immer mehr Menschen zerquetscht – das Problem für die im Zentrum scheint zunächst nur die Migration von den Rändern her zu sein («Zwangsmigration», wie es der bangladesische Klimaaktivist Badrul Alam an der Klimakarawane 2009 nach Kopenhagen nannte). Doch auch jene in der Mitte

haben sich lediglich Zeit gekauft. Im Film versuchen die Held*innen, die Wände mit einer grossen Metallstange aufzuhalten – doch diese Maschine ist ja gerade dafür da, Metall zu zerstören und sie lässt sich nicht mit demselben Mittel aufhalten. Genauso scheitern Lösungen, so Dayaneni, die über den Markt zu bekämpfen versuchen, was der Markt ausgelöst hat (Dayaneni 2009).

Klar greifen wir zur Metallstange, solange wir nichts anderes haben. Doch dafür, dass diese Erde langfristig ein schöner Ort für alle sein kann, braucht es mehr. Viele Bewegungen im Globalen Süden sehen das schon lange so. Bereits die *Delhi Climate Justice Declaration* von 2002 bezeichnete marktbasierende und technologische «Lösungen» der UN-Klimaverhandlungen als «false solutions». Genauso 2009 während der UN-Klimakonferenz COP in Kopenhagen Vertreter*innen von Basisbewegungen aus Asien, Afrika und Lateinamerika. Eine von ihnen war Bettina Cruz aus Mexiko, die mit ihrer Bewegung gegen die Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen durch Windräder kämpft. Denn für die Grossanlagen in Oaxaca, die nicht die indigene Bevölkerung, sondern die Industrie mit Strom versorgen, wird ihr Land privatisiert, werden ihre Wälder, aus denen sie Holz und Früchte holen, abgeholzt, und durch Offshore-Windräder vor den Küsten wird ihnen das Fischen erschwert. Dies ist keine Wohlfühl-NIMBY, keine not-in-my-backyard-Bürgerinitiative – schon mehrfach wurde auf Aktivist*innen geschossen. Und auch 2015 in Paris formten Indigene aus aller Welt trotz Demonstrationsverbot rote Linien, die symbolisierten, dass jede marktbasierende Lösung ihre Lebensgrundlagen zerstört.

Sie kritisieren, dass durch die Bepreisung von CO₂ und Natur überhaupt die Mitwelt zu einer Ware degradiert wird. Im Laufe ihres Lebens mussten sie miterleben, wie diese zerstört wurde. Geldlogik verführt dazu, alles noch nicht Bewertete als wertlos zu erachten und alles Bewertete zu verkaufen. Geldlogik verführt zum Fälschen von Emissionswerten, um CO₂ scheinbar einzusparen und damit woanders real vermehrt auszustossen. Dazu, artenreiche Flächen ursprünglichen Waldes durch schnell CO₂-absorbierenden Eukalyptus zu ersetzen. Sie verführt zum Geldmachen statt zum Bewahren.

Dem Wachstum entwachsen

Vertreter*innen eines sozial-ökologischen Umbaus argumentieren häufig, Wachstum ginge mit weniger Ressourcenverbrauch zusammen, wenn von umweltschädlichen auf umweltfreundliche Verfahren umgestellt würde, die

ihrerseits Löhne und Bruttoinlandsprodukt steigern. Denn Wirtschaftswachstum heisst, dass der Geldwert aller Güter und Dienstleistungen in einem Land steigt. Inzwischen hat sich herumgesprochen, dass dieses zunimmt, wenn Autos Unfälle bauen, und noch mehr steigt, wenn diese dabei noch schwerwiegende Krankenhausaufenthalte verursachen. Doch was passiert, wenn der Staat aus sozial-ökologischen Gründen Subventionen aus der Autoindustrie in den Pflegebereich verlagert?

Das Wirtschaftswachstum sinkt. Denn Pflege und andere reproduktive Bereiche ergeben weniger Profit als produktive Sektoren. Zumal mehr Geld für Krankenhäuser nicht dafür gedacht sein sollte, bei gleich schlechter Betreuungskapazität mehr Unfallopfer zu betreuen. Kostenintensivere Pflege aber steigert zwar das BIP, weil Geld ausgegeben wird, allerdings nur kurzfristig, da es sich nicht um eine Investition mit Profitaussicht handelt. Genausowenig wie Regenwald aufforsten oder Plastik aus dem Meer fischen. Es ist das Gegenteil des wachstumtreibenden Effizienzgebots. In diesem Sinne mit (sinnvollem) Wachstum zu argumentieren, verschleiert also, dass es sich eigentlich um eine Degrowth-Politik handelt, da durch die Verlagerung die Wirtschaft relativ weniger wachsen wird.

Dabei wäre Degrowth ökologisch durchaus angesagt. Zudem handelt es sich zweifellos um sinnvolle, ja, notwendige Tätigkeiten. Und als Erwerbsarbeit bringen sie Menschen in Lohn und Brot. Warum darf es dann nicht einfach egal sein, ob die Wirtschaft dabei wächst, wenn es doch bereits genug gibt? Warum warnte Bundeskanzlerin Angela Merkel in der Finanzkrise 2009 so eindringlich: «Ohne Wachstum keine Investitionen, ohne Wachstum keine Arbeitsplätze, ohne Wachstum keine Gelder für die Bildung, ohne Wachstum keine Hilfe für die Schwachen» (Bundesregierung der BRD 2009)?

Die erste Antwort ist einfach: Weil die Reichen dann nichts abgeben müssen. Jedes Wirtschaftsstudium lernt, der Wohlstand sei wie ein Kuchen: Statt sich um dessen Aufteilung zu streiten, würden alle gewinnen, wenn er einfach grösser wäre. So blieben die Stücke zwar relativ genauso unterschiedlich zugeschnitten, doch das Versprechen lautet, dass auch die kleinsten Stücke absolut immer grösser werden.

Die zweite Antwort ist die entscheidende: Die Wachstumsspirale muss sich immer weiter nach oben schrauben, denn stillstehen kann der Kapitalismus nicht. Wächst er nicht, geht er in die Krise. Stillstehen ginge nur, wenn kein Unternehmen Absatzmärkte zugewinnen wollen würde – genau der Kampf darum macht aber den Marktmechanismus aus. Der Markt funktioniert, indem alle Unternehmen stets versuchen, Absatzmärkte zu erobern – das ist keine optionale Entscheidung. Tun sie es nicht, riskieren sie,

die eigenen an konkurrierende Unternehmen zu verlieren. Absprachen wären nur in Oligopolen möglich – und dann ist es kein Markt mehr. Oder wenn die ganze Gesellschaft demokratisch über die Wirtschaft bestimmt – das wäre wunderschön, aber auch kein Markt mehr.

Solange es Markt gibt, kann im Konkurrenzkampf nur bestehen, wer im Vergleich zu den anderen effizienter und damit billiger produziert. Darum existiert in der Marktwirtschaft der strukturelle Zwang, wo immer möglich, un- und unterbezahlte Ressourcen mit zu vernutzen (wie z. B. die Umwelt). Zudem erhöht die Konkurrenzfähigkeit, wer «economies of scale» nutzen kann, also wer wächst und damit Arbeitskräfte einsparen kann. Und/oder wer ressourcensparender produzieren kann – genau hierauf beruht die Hoffnung auf qualitatives Wachstum, das ohne steigenden Ressourcenverbrauch auskommt.

Effizienter bedeutet aber nicht mehr Mehrwert, im Gegenteil: weniger. Ohne Wachstum sinkt dadurch das Volkseinkommen: Arbeitskräfte werden freigesetzt und haben weniger Einkommen, können weniger kaufen, was weniger Produktion bedeutet und wiederum Arbeitskräfte freisetzt und so weiter – sozusagen der Multiplikatoreffekt, auf den keynesianische Wirtschaftspolitik abzielt, allerdings als Negativwachstum beziehungsweise Abwärtsspirale mit nicht mehr zu beherrschenden Folgen für das Wirtschafts- und Finanzsystem.

Beim Green New Deal geht es dagegen um Investitionen in grüne Wachstumsbereiche, und Vertreter*innen der Modern Monetary Theory (MMT) argumentieren, der Staat müsse sich nicht zwischen E-Autos einerseits und Intensivpflegepersonal, Plastiksammeln et cetera andererseits entscheiden, sondern könne alles zugleich fördern. Auf diese Weise wird Geld nicht umgeschichtet, sondern addiert, und die Wirtschaft wächst. Allerdings wurde vielfach empirisch belegt, so auch 2019 vom European Environmental Bureau, dass Wachstum immer mit absolutem gesteigertem Ressourcenverbrauch verbunden ist. Neben all den Rebound-Effekten von Effizienz auf Verbrauchsseite (wie dass die Energiesparlampe nun länger angelassen wird / der alte Kühlschrank noch in den Keller kommt / das abgewrackte Auto nun nicht mehr genutzte Ressourcen darstellt / das neue Auto zwar relativ weniger verbraucht, aber viel schwerer ist / das aufgrund von Effizienz eingesparte Geld für anderen Konsum ausgegeben wird / das gute Gewissen einem die Umweltsünde in anderem Bereich nahelegt) ist der entscheidende Grund der oben genannte: Im Konkurrenzkampf ging es schon immer darum, effizienter zu werden. Der positive Zusammenhang von Wirtschaftswachstum und Effizienzsteigerung ist, so der Rebound-

Experte Tilman Santarius, ein Allgemeinplatz für Ökonomen und das täglich Brot für Manager – aber nicht, um das eingesparte Kapital unters Kopfkissen zu legen, sondern Effizienz ist der Motor des Wachstums, womit das Kapital noch schneller gewinnträchtig umschlagbar wird. Der Wirtschaftsprozess jedoch besteht immer auch in der Produktion von nicht wiederverwertbarem Abfall – darauf wies schon in den 1970er-Jahren der Ökonom Nicholas Georgescu-Roegen hin. Schrieb er damals, jeder neue Cadillac mindere die Lebenschancen zukünftiger Generationen, so gilt dies vielleicht weniger, falls es sich um ein E-Mobil handelt, doch je mehr die Quantität steigt, desto geringer ist die Differenz oder wird sogar überkompensiert.

Nichtsdestotrotz muss unbedingt in den grünen Umbau investiert werden. Aber ein Green New Deal darf nicht zum Verschleudern knapper Ressourcen führen, ohne gleichzeitig wirkliche Transformation einzuleiten. Weniger Klimawandel braucht mehr Wirtschaftswandel. Worauf es ankommt, ist eine Welt ohne den Zwang zum Wachstum. In das Neue zu investieren (wie in erneuerbare Energien, eine Verkehrswende etc.) und dabei das Falsche zu lassen (wie fossile Energien, Förderung des Individualverkehrs etc.), liesse sich verbinden mit Schritten einer grundsätzlichen Transformation.

Mit dem Netzwerk Oekonomischer Wandel (NOW), in dem sich für die Gemeinwohlökonomie Christian Felber, für Commons Silke Helfrich, für Degrowth Matthias Schmelzer, für Solidarische Wirtschaft Dagmar Embshoff, für Kollaborative und Kokreative Ökonomie Thomas Dönnebrink sowie für Tauschlogikfreies Wirtschaften ich selbst zusammengeschlossen haben, wollen wir aufzeigen, dass es eine Alternative gibt, die sich für uns alle abzeichnet, auch wenn wir unterschiedliche Wege gehen und unterschiedliche Ansatzpunkte priorisieren:

Erstens, den Markt am Gemeinwohl ausrichten, und dafür Profit- und Konkurrenzlogik sowie den Erwerbszwang zurückdrängen: Nicht der Umstieg vom Verbrennungsmotor auf das E-Auto kann das Problem der Naturvernutzung und Zukunftszerstörung aufheben, da so die Katastrophen nur ausgewechselt werden – statt Klimakrise massiver Raubbau an Natur. Vielmehr geht es darum, Massnahmen zu treffen, die die blinde Marktallokation durch intendiertes Handeln ersetzen. Ansonsten kann keine Ökonomie geschaffen werden, die wirklich auf die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse und die Achtung der planetaren Grenzen ausgerichtet ist. Daraus ergibt sich selbstverständlich die Frage, von wem dieses intendierte Handeln ausgehen sollte – mit einem zentralisierten Staat wurden bekanntlich keine guten Erfahrungen gemacht. Also ergibt sich:

Zweitens, den Staat umfassend zu demokratisieren, indem wir alle Lebensbereiche demokratisieren und uns so den Staat aneignen: Dass John Locke, der «Vater des Liberalismus», 1690 in seinen Abhandlungen über die Regierung schrieb, der Endzweck der bürgerlichen Gesellschaft sei die Erhaltung des Eigentums (II §85), bringt schon auf den Punkt, dass der moderne Staat gerade nicht als Verwirklichung von Basisdemokratie in die Welt gekommen ist. In Bewegungen und untereinander lernen Menschen, wie Demokratie besser geht. In diesen Prozessen ergibt sich, dass Demokratie nicht nur heissen kann, Kreuzchen zu machen. Sondern dass Demokratie bedeutet, die eigenen Lebensumstände selbstorganisiert mit beeinflussen zu können. Daraus entsteht:

Drittens, Commons auszuweiten – jenseits von Markt und Staat selbstorganisiert und sinnstiftend tätig sein. In Peer-to-Peer-Prozessen – also unter Ebenbürtigen – herstellen, was wir zum Leben brauchen. Weil wir es wollen. Dazu gehört das Prinzip *Besitz statt Eigentum*: Eigentumsrechte, die den Ausschluss Bedürftiger von ungenutzten Ressourcen bedeuten, durch Besitzrechte ersetzen – so, dass alle gut leben können. Statt dem Wachstumszwang zu folgen, für das Leben zu sorgen. Statt in Konkurrenz zueinander Bedürfnisse basisdemokratisch miteinander zu befriedigen. Und statt um des Geldes willen zu arbeiten, könnten wir die Vielfalt unserer Leidenschaft verwirklichen, in dieser Welt tätig zu werden.

Literatur

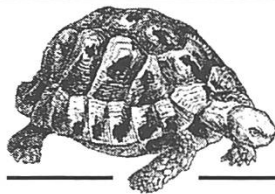
- Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland, 2009: Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vor dem Deutschen Bundestag am 10. November 2009 in Berlin. www.bundesregierung.de/breg-de/service/bulletin/regierungserklaerung-von-bundeskanzlerin-dr-angela-merkel-795246 (Abfrage 21.6.2021)
- Dayaneni, Gopal, 2009: Climate Justice in the US. In: critical currents, 7, 80–84
- Energy Policy Tracker, Stand vom 16. Juni 2021. www.energypolicytracker.org/region/g20/ (Abfrage 21.6.2021)
- European Environmental Bureau, 2019: Decoupling Debunked. Evidence and arguments against green growth as a sole strategy for sustainability. eeb.org/library/decoupling-debunked (Abfrage 21.6.2021)
- Georgescu-Roegen, Nicholas, 1976: Energy and Economic Myths. Institutional and Analytical Economic Essays. New York
- Nguyen Kim, Mai Thi, 2021: Was wir wirklich tun können. WDR-Dokumentation. youtube.com/watch?v=bCvUwnIdqBI (Abfrage 21.6.2021)
- Santarius, Tilman, 2012: Grünes Wachstum. Der Mythos ist eine Milchmädchenrechnung. In: Zeitschrift politische Ökologie, 130, 132–135
- Schneider, Johannes, 2019: Die Apokalypse ist leider auserzählt. www.zeit.de/kultur/2019-07/klimakatastrophe-apokalypse-weltuntergang-hysterie-erderwaermung/komplettansicht (Abfrage 21.6.2021)
- UBA: Umweltbundesamt der Bundesrepublik Deutschland, 2020: Beitrag der Landwirtschaft zu den Treibhausgas-Emissionen. www.umweltbundesamt.de/daten/landforstwirtschaft/beitrag-der-landwirtschaft-zu-den-treibhausgas#treibhausgas-emissionen-aus-der-landwirtschaft (Abfrage 21.6.2021)

Ebd., 2019: Umweltschädliche Subventionen.
www.umweltbundesamt.de/themen/wirtschaft-konsum/wirtschaft-umwelt/umweltschaedliche-subventionen#direkte-und-indirekte-subventionen (Abfrage 21.6.2021)

Ebd., 2015: Weltweit gehen jährlich 10 Millionen Hektar Ackerfläche verloren. www.umweltbundesamt.de/presse/pressemitteilungen/weltweit-gehen-jaehrlich-10-millionen-hektar (Abfrage 21.6.2021)

express

ZEITUNG FÜR
 SOZIALISTISCHE BETRIEBS- &
 GEWERKSCHAFTSARBEIT



Niddastr. 64 VH · 60329 FRANKFURT
www.express-afp.info
 express-afp@online.de
 Tel. (069) 67 99 84

Ausgabe 7-8/21 u.a.:

- Tim Ackermann: »Betriebsklimakatastrophe« – Klimapolitik der extremen Rechten im Betrieb
- Wilfried Schwetz: »Probleme der Organisierung im Industrieservice und Facility Management« – Zwei neue Branchen als Profiteure des Outsourcings
- Andreas Bachmann: »Der Ort, an dem es nicht mit rechten Dingen zugeht« – Mobiles Arbeiten und die Rückkehr der Heimarbeit
- Ulrich Maaz: »Qual der Wahl« – Positionen der Gewerkschaften zur Bundestagswahl
- Ralf Kliche: »Grummeln in Griechenland« – Proteste gegen neue Arbeitsgesetzgebung
- AG Wahlbeobachtung: »Regionalwahlen in Frankreich« – Dämpfer für Macron und Le Pen
- Asia Europe Peoples' Forum: »Eingesperrt am Arbeitsplatz« – Erneuter Fabrikbrand und Tote in Bangladesch

Probieren? Kostenfreies
 Exemplar per eMail oder Telefon bestellen